

Die wirtschaftshistorische Forschung ist keine Garküche, die das Menu gegenwärtiger Krisenstrategien aus historisch bewährten Fertigrezepten liefern könnte. Sie bietet aber Stoff für das Denken in Szenarien und damit für die realen Möglichkeiten, die die Zukunft bringen kann. Dies ist in einer Zeit, in der Standard-Prognosen versagen müssen, viel wert. Gegenwärtig zählt weniger die Fähigkeit zur routinierten Berechnung von Risiken. Der Umgang mit Unsicherheit erfordert qualitative Lösungsansätze. Werner Abels hauser entwickelt dazu Szenarien von synthetischer Qualität, die sie unabhängig von ihrer ursprünglichen ereignisgeschichtlichen Einbettung übertragbar machen.

Werner Abels hauser

## Aus Wirtschaftskrisen lernen – aber wie?

Krisenszenarien im Vergleich

Einer alten Börsenweisheit zufolge wird am Beginn einer Baisse nicht geklingelt. Dies gilt erst recht für den Auftakt zu einer Weltwirtschaftskrise. Wer sich aus gutem Grund nicht auf den Indikator „Börse“ verlassen will und der realen wirtschaftlichen Entwicklung bei der Lageanalyse auch noch im 21. Jahrhundert den Vorrang einräumt, muss noch länger warten, bis er Gewissheit hat. Die „Normalität“ der Abschwungphase eines Konjunkturzyklus ist vom Prolog einer Depression nicht zu unterscheiden. Erst wenn der Abschwung das vertraute Muster verlässt oder die Entwicklung des Sozialprodukts auf niedrigem Niveau, auf der Talsohle des Zyklus stagniert, ist der Ernstfall da. Das Paradebeispiel dafür ist die Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Nach dem spektakulären Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929 wurde der Ernst der Lage erst im Sommer 1931 für alle sichtbar. Selbst im ersten Quartal 1931 wiesen wichtige Indikatoren des Konjunkturverlaufs weltweit wieder nach oben und stärkten vorübergehend die Hoffnung auf eine konjunkturelle Erholung im klassischen Sinne.

Das gilt auch für den 2007 einsetzenden Krisenverlauf. Nach der Erschütterung des internationalen Finanzmarktes, die in New York und London, den Hochburgen des Finanzmarktkapitalismus, ihre Epizentren hatte, dauerte es lange, bis die Schockwellen in der „Realwirtschaft“ ankamen. Diese Ungewissheit ist jetzt vorbei. Seit Herbst 2008 zeigen die Indikatoren der Weltwirtschaft nun schon auf Sturm und lassen auch für die absehbare Zukunft nichts Gutes ahnen. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg schrumpft die Weltwirtschaft – und das auf der ganzen Linie<sup>1</sup>. In den nachindustriellen Volkswirtschaften, die nicht von

<sup>1</sup> Vgl. Christian Dreger u. a., Weltwirtschaft bricht dramatisch ein. DIW-Wochenbericht Nr. 15–16 (April 2009), S. 241–248; Barry Eichengreen/Kevin H. O'Rourke, A tale of two Depressions (4. 6. 2009), in: [www.voxeu.org](http://www.voxeu.org); Peter Hohlfeld u. a., Deutsche Wirtschaft verharrt in Talsohle. Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage zur Jahresmitte 2009 (IMK-Report, Nr. 39, Juli 2009); Christian Dreger u. a., Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2009/2010. DIW-Wochenbericht Nr. 31 (Juli 2009), S. 490–526.

den besonderen Wachstumsbedingungen aufholender Industrieländer profitieren können, erreicht der Absturz 2009 durchweg Größenordnungen, die den vertrauten konjunkturellen Rahmen sprengen und an die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre erinnern. Vor allem exportabhängige Länder wie Deutschland oder Japan sind 2009 mit einem seit den dreißiger Jahren nicht gekannten Rückgang ihres Bruttoinlandprodukts konfrontiert, der mit über 6 vH das Ausmaß eines jener „Krisennormaljahre“ erreicht. Auch wenn Schwellenländer wie China oder Indien keine roten Zahlen schreiben, fällt dort der Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums ebenfalls ins Gewicht. Gerade mit Blick auf die dreißiger Jahre bleibt allerdings noch viel Spielraum zum Schlechteren<sup>2</sup>. Dies gilt auch für den Welthandel, dessen Rückgang gemessen am Höchststand im dritten Quartal 2008 bei 20 vH liegt. Von 1931 auf 1932 waren es 34,4 vH gewesen<sup>3</sup>. Kein Wunder, wenn alte Ängste wach werden.

Das Trauma hält uns wieder fest im Griff. Die Erinnerung an die Ur-Katastrophe der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts hat schon 1944 die Neuordnung der Weltwirtschaft tief geprägt. In Bretton Woods wollten die Vereinigten Staaten endlich ihrer wirtschaftlichen Führungsrolle gerecht werden und garantierten bis weit in die sechziger Jahre hinein die Stabilität des westlichen Weltmarktsegments. Doch 1973, nach dem endgültigen Zusammenbruch der neuen Währungsordnung, kehrten die alten Gespenster zurück. Ganz selbstverständlich dienten die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise den politisch Verantwortlichen in der kleinen Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre als Kompass der Krisenpolitik. Beispielhaft dafür ist die Lagebeurteilung, mit der Helmut Schmidt auf dem Sprung ins Kanzleramt in einer geheimen Denkschrift vom April 1974 sein Gesellenstück als „Weltökonom“ ablegte. An den engsten Kreis seiner politischen Mitstreiter adressiert, orientierte sich das wirtschaftspolitische Strategiepapier ganz an der Dramaturgie des Desasters, dessen Folgen dem Verfasser noch gut in eigener Erinnerung geblieben waren<sup>4</sup>. 45 Jahre später sah Schmidt die Weltwirtschaft „in einer bisher in Friedenszeiten nie erlebten tiefgreifenden Inflationskrise“, die von Ansätzen nationalstaatlich-egoistischer Eingriffe in den internationalen Handel und von rezessiven Erscheinungen begleitet war. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems (1971/1973) war für ihn nur der „Prolog des Dramas“. Die Ölpreiskrise (1973) markierte dann den „Beginn des ersten Aktes“; weitere Rohstoffkartelle hielt er für möglich. Für einen kommenden zweiten und dritten Akt entwarf er synthetische Szenarien, die an den Erfahrungen der Depression und der politischen Radikalisierung der dreißiger Jahre anknüpften. Zum einen befürchtete er den weitgehenden Rückfall in handelspolitischen Bilateralismus,

<sup>2</sup> Dieser Beitrag hegt keine prognostischen Ambitionen. Seine Aussagen beanspruchen ganz unabhängig vom aktuellen, schwer überschaubaren Krisenstand Gültigkeit.

<sup>3</sup> Vgl. Gesamtimporte von 75 Ländern, League of Nations, in: Monthly Bulletin of Statistics, Februar 1934, S. 51.

<sup>4</sup> Helmut Schmidt, Exposee zur aktuellen ökonomischen Problematik unter dem Gesichtspunkt ihrer außenwirtschaftlichen Bedingtheiten, 15. 4. 1974 (amtlich geheimgehalten), in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (künftig: AdsD), Depositum Matthöfer (DM) 014.

scheiternde Autarkieversuche, Stagnation oder gar Rückgang der Realeinkommen in den Industriestaaten und – damit korrespondierend – zunehmendes Elend rohstoffarmer Entwicklungsländer. Bei einem solchen Verlauf würden dann zum anderen die demokratischen Strukturen in den Industriegesellschaften zerbrechen. Schmidt war überzeugt: „Es ist dies keine apokalyptische Vision, sondern eine reale Möglichkeit der Weltwirtschaft.“

An der Art, wie er mit der Verantwortung, die daraus resultierte, umging, wollte er gemessen werden. Den Ausweg sah Schmidt in der Übereinkunft der Industriestaaten, die Notwendigkeit einer international verabredeten, unter internationalem moralisch-politischem Druck verwirklichten Stabilitätspolitik anzuerkennen und ihr zu gehorchen. Ansonsten könnten viele Länder sehr schnell „von einer chaotischen über sie hereinbrechenden Austerität gepackt werden“. Er zog daraus für seine Politik als Kanzler die Konsequenzen. Obwohl er und sein Finanzminister Hans Matthöfer die Auswirkungen auf den Binnenmarkt und die nationale Haushaltsführung skeptisch einschätzten, akzeptierten die Gastgeber des Bonner Weltwirtschaftsgipfels 1978 die der Bundesrepublik (und Japan) von der Gruppe der Sieben (G7) zugedachte Rolle der „Weltkonjunkturlokomotive“ und starteten ein milliardenschweres Konjunkturprogramm<sup>5</sup>. Die selbst geschriebene Dramaturgie diente dem Kanzler auch als Referenzpunkt, als er im selben Jahr das nicht unerhebliche Risiko einging, gegen den offenen Widerstand seines ersten Finanzministers Hans Apel und mit der kritischen Unterstützung durch dessen Nachfolger Matthöfer zusammen mit Frankreich das Europäische Währungssystem aus der Taufe zu heben<sup>6</sup>. Diese Politik der vorsichtigen Orientierung an historisch ableitbaren realen Möglichkeiten ließ die Bundesrepublik in der kleinen Weltwirtschaftskrise glimpflich davonkommen und brachte dem Kanzler hohes Ansehen bei den Peers der G7. Im eigenen Land trug sie ihm aber nicht selten den Vorwurf ein, er inszeniere eine „Weltwirtschaftsoper“, um in der Hauptrolle zu glänzen.

### Aus der Geschichte lernen. Aber wie?

Bemerkenswert an Schmidts Denkfigur ist der hohe Abstraktionsgrad ihrer szenischen Komposition. Obwohl sich 1974 die Szenarien des Prologs und des ersten Aktes ganz grundlegend von der Ausgangslage der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre unterschieden, orientierte sich der Chefvolkswirt der Bundesrepublik für die Dramaturgie des zweiten und dritten Akts ganz selbstverständlich an den Erfahrungen des Protektionismus, der Depression und der politischen Radikalisierung, die auf die Bankenkrise von 1931 folgten. Die souveräne Missachtung wichtiger empirischer Unterschiede, die diesem Ansatz zugrunde lag, war allem anderen als Schmidtscher Ignoranz geschuldet. Auch eine als „Inflationskrise“ gestartete wirtschaftliche Fehlentwicklung konnte rasch in Deflation und Depression umschlagen, wenn die Investoren deren Konsequenzen antizi-

<sup>5</sup> Vgl. Werner Abelshausen, Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn 2009, S. 378–387.

<sup>6</sup> Siehe dazu ebenda, S. 388–402.

pierten. Ohne die methodischen Grundlagen seines historisch-politischen Denkansatzes explizit zu reflektieren, gelang es Schmidt, einen weit verbreiteten Denkfehler zu vermeiden. Sinnvolle diachron vergleichende Überlegungen bewegen sich in der Geschichtswissenschaft nämlich nicht auf der Ebene der Ereignisse. Es gilt die Weisheit des Heraklit von Ephesos: Auch der mit den sublitoralen Verhältnissen bestens vertraute Historiker kann nicht zweimal in denselben Strom der Geschichte steigen. Zur Kunst des aus der Geschichte Lernens gehört es vielmehr, (wirtschafts-)historische Wirkungszusammenhänge auf ihre elementaren Voraussetzungen und Abläufe zu reduzieren und daraus Szenarien abzuleiten, deren synthetische Qualität sie unabhängig von ihrer ursprünglichen ereignisgeschichtlichen Einbettung übertragbar macht. Ganz losgelöst von den konkreten jeweiligen Anlässen und Kausalzusammenhängen kommt es allein auf das Verhalten der Investoren an, ob beispielsweise die Liquiditätsfalle zuschnappt, die aus einem kurzfristigen konjunkturellen Abschwung eine anhaltende wirtschaftliche Depression werden lässt. Bestimmen dann Unsicherheit auf den Märkten und mangelndes Vertrauen in das Regelverhalten der Akteure das Denken und Handeln der Investoren und verstärken deren Neigung, zu Lasten des Wirtschaftskreislaufs Kasse zu halten, gleichen sich die Bilder. Der Vergleich verlässt so die Ebene der Ereignisse und ist soweit und solange zulässig und sinnvoll, wie ähnliche institutionelle Rahmenbedingungen (Denk- und Handlungsweisen, Spielregeln) herrschen.

Heute ist diese Fähigkeit zum synthetischen Vergleich wieder gefragt. Keine der möglichen Referenzperioden des 19. und 20. Jahrhunderts – die Welthandelskrise von 1857, die Gründerkrise mit anschließender Großer Depression (1873/79–1896), die kurze Weltwirtschaftskrise von 1920/21, die Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre und die Kleine Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre – weist auf der Ereignisebene klare Übereinstimmungen mit der Krise auf, die 2007 als Finanzmarktkrise begann<sup>7</sup>. Kein Wunder also, dass gerade die besten Kenner früherer Krisen „keine befriedigenden Vergleichsmöglichkeiten“ sehen und daher eher die Unterschiede betonen<sup>8</sup>. Gleichwohl ist der Geist von 1931 wieder aus der Flasche. Der frühe Bezug gegenwärtiger Krisendeutung auf die Bankenkrise und die nachfolgende Flucht aus der Weltwirtschaft gehört sogar zu den deutlichsten Unterschieden im Vergleich der beiden Krisensequenzen<sup>9</sup>. Den

<sup>7</sup> Vgl. Maximilian Wirth, *Geschichte der Handelskrisen*, Frankfurt a. M. 1883, S. 245–418; Albrecht Ritschl, *War 2008 das neue 1931?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/2009, S. 27–32; Margrit Grabas, *Die Gründerkrise von 1873/79 – Jähres Ende liberaler Bürgerträume. Eine konjunkturhistorische Betrachtung vor dem Hintergrund der Globalisierungsrezession von 2008/2009*, in: *Berichte des Forschungsinstituts der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWVWW)*, Jan./Febr. 2009, S. 66–82; Abelshäuser, *Nach dem Wirtschaftswunder*, S. 369–377.

<sup>8</sup> Ritschl, 2008, S. 32, und Grabas, *Gründerkrise*, S. 66.

<sup>9</sup> So der Verfasser im ARD-Magazin „Bericht aus Berlin“ am 21. 9. 2008 (18.30 Uhr) in einem kurz nach der Lehman-Pleite aufgenommenen Interview: „Es riecht nach Mai 1931.“ In derselben Sendung warnte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vor „Übertreibungen“, bevor er in seiner Regierungserklärung vom 25. 9. 2008 vor dem Deutschen Bundestag selber hoffnungs-

Zeitgenossen der Weltwirtschaftskrise hatte es ja gerade an Phantasie und Wissen gefehlt, in dem seit 1929 laufenden konjunkturellen Abschwung mehr zu sehen als eine der üblichen zyklischen Schwankungen. Weil es im Unterschied zu heute an Katastrophenbewusstsein mangelte, setzten Wirtschaft und Politik ganz überwiegend auf die Selbstheilungskräfte des Marktes und waren sogar bereit, die aus dem Abschwung resultierenden Zwangslagen zur Durchsetzung politischer Ziele, wie etwa die Aufrechterhaltung der (klein-)deutschen Teilung (auf Seiten Frankreichs) oder das Ende der Reparationen (auf Seiten Deutschlands), zu instrumentalisieren. Dagegen war 2008 die Angst vor der Katastrophe gerade bei den politisch Verantwortlichen allgemein verbreitet, obwohl sie bis dahin noch gar nicht manifest in Erscheinung getreten war.

Schon jetzt hat diese Antizipation realer Möglichkeiten Ablauf und Ausmaß der Krise beeinflusst. Dies ist umso bemerkenswerter, als es weitgehend an öffentlichem Leidensdruck fehlte. Anders als 1931 war der Krise in Europa kein langer Abschwung der Konjunktur vorangegangen, der staatliches Eingreifen in den Augen des breiten Publikums legitimiert hätte. Die Entscheidung zur Intervention in den Finanzmarkt und in den Wirtschaftskreislauf in bisher beispielloser Dimension beruhte allein auf dem antizipierenden Vorstellungsvermögen der politischen Akteure. Man war schließlich vorgewarnt. Schon 1981 hatte Matthöfer vermutet, „dass unsere intellektuellen Fähigkeiten nicht Schritt gehalten haben mit der Realität der güter- und finanzwirtschaftlichen Integration unserer Märkte“, und war damit auf lebhafte Zustimmung der im Leutwiler-Kreis versammelten wichtigsten Finanzminister und Notenbankchefs gestoßen<sup>10</sup>. Seitdem ist die Kette der Börsen-, Währungs- und Wirtschaftskrisen nicht abgerissen: auf den Granville-Crash, der 1981 den Anlass zu solchen Überlegungen bot, folgten 1981/82 die Mexiko-Krise, am 19. Oktober 1987 der „schwarze“ Montag, der in vollautomatischer Verkettung computergesteuerter Verkaufsforderungen 22 vH des Börsenvolumens vernichtete, 1990 das Ende der Japan AG, dann der Zusammenbruch des schwedischen Modells in der Finanzkrise von 1991/92, 1997/98 die Asien-Krise, der die sogenannten Tiger- und Pantherstaaten (aber nicht China) zum Opfer fielen, 1997–2000 die Japan-Krise und schließlich 2000 die Dotcom-Krise, die jäh der Expansion internetbasierter virtueller Geschäfte Grenzen setzte. Bei keinem dieser Weltereignisse fehlte der warnende Hinweis auf eine Rückkehr zu den Verhältnissen der dreißiger Jahre. Gerade weil das Trauma der Weltwirt-

---

voll-düster prognostizierte: „Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise.“ Dazwischen lag am 22. September Steinbrücks Konfrontation mit dem bevorstehenden Zusammenbruch der Hypo Real Estate. Um ein deutsches „Lehman“ zu verhindern, entschied er sich mit einem Aufwand von bisher mehr als 100 Mrd Euro zunächst für die „geordnete Abwicklung“, dann für die Verstaatlichung des wichtigsten „Staatsfinanzierers“.

<sup>10</sup> Treffen des nach dem Schweizer Notenbankchef Fritz Leutwiler genannten Kreises in Washington am 7. 10. 1981; Protokoll, Bonn, 7. 10. 1981, in: AdsD, DM 07. Unter den gegenwärtigen Ansätzen, die Dynamik der Finanzmärkte intellektuell zu durchdringen, ragt die Analyse des Soziologen Paul Windolf, Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Soziologie 37 (2008), S. 516–535, heraus.

schaftskrise tief in den Köpfen sitzt, lohnt es sich, die Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Vergleichs mit der heutigen Lage auszuloten.

### **Das Normale beweist nichts, die Ausnahme alles**

Vergleicht man die Entstehungsgeschichte der Bankenkrise von 1931 und der Finanzmarktkrise von 2007/08, so gibt es kaum einen größeren Kontrast. In der Zwischenkriegszeit waren sich die Zentralbanken der wichtigsten europäischen Handelsnationen mit Misstrauen begegnet und blockierten sich im Streit um Reparationen und andere Kriegsfolgen<sup>11</sup>. Aber auch dort, wo die Zentralbank souverän und ohne politische Störmanöver handeln konnte, wie in den USA, griff sie nur zögerlich und restriktiv ein, sodass sich aus kleineren Bankenpleiten erst recht Paniken entwickelten, denen nur noch mit Bankfeiertagen und massenhaften Zwangsschließungen zu begegnen war. Nichts am Vergleich mit dieser Entstehungsgeschichte könnte dazu beitragen, die Finanzmarktkrise der Gegenwart besser zu verstehen<sup>12</sup>. Die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen, die den Umgang mit der Bankenkrise von 1931 bestimmt haben, unterscheiden sich ganz grundlegend von den gegenwärtigen, und die Zentralbanken der Triade, von Nordamerika über Europa bis nach Ostasien, besannen sich – anders als in der Weltwirtschaftskrise – nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im vollen Bewusstsein der großen Gefahr rasch und gründlich auf ihre Rolle als *lender of last resort*. Die entscheidende Hilfe für das Verständnis des Finanzmarktproblems liegt aber auf der institutionellen Vergleichsebene: Banken handeln zwar (idealiter) mit Geld und geldnahen Vermögenswerten, sind dabei aber auf immaterielles Kapital angewiesen, dessen Währung Vertrauen heißt. Sie sind in ein System der Geld- und Kreditschöpfung eingebettet, dessen Zahlungsfähigkeit Vertrauen unter den Akteuren im System und bei den Kunden zwingend voraussetzt. Fehlt dieses Vertrauen, helfen weder selbstverwaltete Einlagensicherungsfonds noch Feuerwehreinätze der Zentralbanken mit der Notenpresse. Gefragt ist vielmehr frisches immaterielles Kapital, über das nach Lage der Dinge nur der Staat verfügt. Die weitreichende Garantie aller Spareinlagen, die Angela Merkel und Peer Steinbrück am Sonntag, den 5. Oktober 2009, ad hoc abgaben, mag noch so irrational und realitätsfremd gewe-

<sup>11</sup> So die Botschaft aller Standardwerke zur Weltwirtschaftskrise; vgl. Charles H. Feinstein/Peter Temin/Gianni Toniolo, *The European Economy Between the Wars*, Oxford 1997; Barry Eichengreen, *Golden Fetters. The Goldstandard and the Great Depression 1919–1939*, Oxford 1992; Peter Temin, *Lesson from the Great Depression*, Cambridge/MA. 1989. Für Deutschland siehe insbesondere Harold James, *The German Slump, Politics and Economics 1924–1936*, Oxford 1986, Kapitel VIII; Dieter Stiefel, *Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931*, Frankfurt a. M. 1989.

<sup>12</sup> Zur Genesis der US-Subprime-Krise siehe David Abraham, *The US Financial Crisis and the Response of the United States Government*, in: *State and Market in a Globalized World. Transatlantic Perspectives*, hrsg. von Detlef Junker, Wilfried Mausbach u. Martin Thunert, Heidelberg 2009, S. 3–12; dagegen für die dreißiger Jahre Ben Bernanke, *Essays on the Great Depression*, Princeton 2000.



sen sein, ihren Zweck, den von der Bundesbank für Montag befürchteten Sturm auf die Bankschalter zu verhindern, hat sie gleichwohl erfüllt. In dieser Hinsicht hat der bisherige Verlauf der Finanzmarktkrise Gewissheiten geschaffen und die Erfahrungen der dreißiger Jahre bestätigt.

Anders als 1931 steht der Staat auch nicht in der Krise. Er hat seine Handlungsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt, ohne dazu der Verfassungsnorm eines spezifischen wirtschaftlichen und finanziellen Not- und Ausnahmestandes zu bedürfen, wie sie die Reichsverfassung im Artikel 48,2 und die Verfassung Preußens im Artikel 55 besaßen. Allein der Nationalstaat zeigte sich im Ernstfall handlungsfähig: das Normale beweist nichts, die Ausnahme alles<sup>13</sup>. Alle Mutmaßungen über seine Aufhebung im Globalisierungsprozess haben sich als falsch erwiesen. Unzählige gelehrte Abhandlungen und Debatten sind obsolet geworden. Der Souverän, der über den wirtschaftlichen Ausnahmezustand gebietet, ist weder die UNO mit ihren Internationalen Finanzinstitutionen (IFI) noch die Europäische Union. Die IFIs haben immer mehr an Autorität verloren, weil sie als Missionare des Standardkapitalismus auszogen, Proselyten zu machen, anstatt die komparativen institutionellen Vorteile ihrer Schützlinge zu nutzen und geduldig weiter auszubauen<sup>14</sup>. Auch das Scheitern der europäischen Verfassung erscheint jetzt in einem neuen Licht. Europas machtbewusste Kommissare und Technokraten machen in des Kaisers neuen Kleidern ebenfalls keine gute Figur. Dass es der Nationalstaat ist, dem die Initiative zufällt, muss kein Nachteil sein. Wer Entscheidungen trifft, die tief in die Lebensbedingungen der Menschen eingreifen, muss dazu demokratisch legitimiert sein<sup>15</sup>. Jetzt bestätigt sich, was in jahrzehntelanger Forschungsarbeit zur Geschichte der europäischen Integration immer wieder zum Vorschein kam: Sie dient bis heute nicht der Überwindung des Nationalstaates, sondern seiner Stärkung und Überlebensfähigkeit<sup>16</sup>.

Auch wenn der Staat seine Handlungsfähigkeit schon früh unter Beweis gestellt hat, ist die Finanzmarktkrise noch nicht unter Kontrolle. Gerade in Deutschland – anders als in den USA, Großbritannien oder Frankreich – fehlt die letzte Entschlossenheit, die komparativen Vorteile staatlicher Intervention in der Krise auch voll zu nutzen. Die „Rettungsschirme“ sind zwar gespannt, die Banken aber nicht verpflichtet, unter ihnen Schutz zu suchen. Offenbar gibt es ideologische Hemmungen. Die im politisch-ideologischen Diskurs so beliebte Frage, ob der Staat der bessere Banker sei, stellt sich im historischen Vergleich jedenfalls nicht. Weder 1931 noch 2008 rückten mit der Einflussnahme des Staates auf die Banken Ministerialbeamten in die Vorstände ein, um das operative

<sup>13</sup> Vgl. Carl Schmitt, *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität* (1922), München/Leipzig 2<sup>1934</sup>, S. 22.

<sup>14</sup> Siehe dazu die klassische Anklageschrift von Joseph Stieglitz, *Globalization and its Discontents*, New York 2002.

<sup>15</sup> Vgl. Dieter Grimm, *Nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages: auf der Suche nach Lösungen*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 3 (2005), S. 553–561.

<sup>16</sup> Siehe dazu die jüngste Bilanz von John Gillingham, *European Integration 1950–2003*, Cambridge/MA. 2003, und Werner Abelshausen, *Europas Schicksal: Wirtschaft oder Politik? Die Montanunion als Lehrstück europäischer Integration*, Essen 2008.

Geschäft zu übernehmen. Das Reich beschränkte sich auf die Wahrnehmung seiner Rechte in den Aufsichtsräten und auf die Stärkung der Bankenaufsicht. Die Reprivatisierung der Geschäftsbanken war bis 1937 abgeschlossen<sup>17</sup>. Dort, wo der Staat heute notgedrungen Einfluss auf ehemals private Banken ausübt, ist dies nicht anders. Es ist allerdings auffällig, dass die Vorstandsvorsitzenden der „geretteten“ Systembanken neben fachlichen Qualifikationen auch soziales Kapital vorweisen können, das ihnen hilft, Vertrauen gegenüber dem neuen Eigentümer und innerhalb der Zunft aufzubauen<sup>18</sup>.

### **Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln?**

Nach Börsenkrach und Bankenkrise wären mit Blick auf die dreißiger Jahre weitere Krisenszenarien denkbar. Auf die Bankenkrise des Sommers 1931 folgte schon im Herbst die Flucht aus dem Weltmarkt. Zu diesem Zeitpunkt war das Weltmarktvolumen gegenüber Oktober 1929 bereits um 42 Prozent geschrumpft. Der Globalisierungsprozess, im 19. Jahrhundert begonnen, während des Ersten Weltkrieges unterbrochen und in den zwanziger Jahren fortgesetzt, war Anfang der dreißiger Jahre am Ende. Ein dramatisch schrumpfender Weltmarkt produzierte stattdessen Massenarbeitslosigkeit und politische Radikalität. Das nächste Szenario, das der synthetische Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise als reale Möglichkeit der Weltwirtschaft bietet, ist also das drohende Ende der Globalisierung. Protektionismus steht zwar auf dem Verbotsindex der weltwirtschaftlichen Moralhüter ganz oben, zählt aber nach wie vor zur eisernen Reserve im Handlungsrepertoire hilfloser Politiker. Die Versuchung ist groß, die notwendige Reparatur der Finanzsysteme im Schutz des eigenen Binnenmarktes vorzunehmen. Verständlich wäre das wohl. Wer traut sich schon, der Weltmarkt-Lokomotive in voller Fahrt die Räder zu wechseln? Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, in der Krise könnten die Nationalstaaten wenig bewirken. Den Weltmarkt an sich gibt es nicht; er hat keine eigene Adresse. Was ihn ausmacht, sind allgemein akzeptierte Spielregeln bei weltweiter und enger Verflechtung einer Reihe nationaler und regionaler Märkte. Solange die Grenzen offen bleiben und die Staaten diese gemeinsam vereinbarten Regeln einhalten, hilft nationale Krisenpolitik daher unmittelbar auch dem Weltmarkt. Das Bekenntnis zu einer offenen Weltwirtschaft, „based on market principles, effective regulation, and strong global institutions“, wie es das Gipfeltreffen der Gruppe der 20 im April 2009 in London

<sup>17</sup> Vgl. Christopher Kopper, *Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich“ 1933–1939*, Bonn 1995.

<sup>18</sup> Sowohl der Chef der Commerzbank, Martin Blessing, als auch der neue Vorstandsvorsitzende der Hypo Real Estate, Axel Wieandt, stammen aus renommierten Bankiersdynastien. Blessing ist der Enkel des Bundesbankpräsidenten Karl Blessing und Sohn des Vorstandes der Deutschen Bank, Werner Blessing. Wieandts Vater Paul hatte erfolgreich die Landesbank Rheinland-Pfalz geleitet, bevor ihn Hans Matthöfer 1990 zum Sanierer der Bank für Gemeinwirtschaft berief. Er selbst gehörte dem Team von Josef Ackermann bei der Deutschen Bank an. Beide, Blessing und Wieandt, haben eine Station ihrer beruflichen Karriere bei der Unternehmensberatung McKinsey absolviert.



ablegte und das in Deutschland optimistisch als Auftrag zur globalen Ordnungspolitik interpretiert wird, dürfte allerdings schwer zu realisieren sein<sup>19</sup>.

Wie in der Zwischenkriegszeit sind die weltweiten Herrschafts- und Lenkungsverhältnisse auch heute nicht geklärt. Gewiss sind die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für *global governance* heute ungleich günstiger, doch stellt sich die Frage nach der Handlungsfähigkeit der Weltgesellschaft noch immer. Schon die G7 hat sich aus einer vertraulichen Kaminrunde der Finanzminister der vier Westmächte und Japans in einen spektakulären, aber immer wirkungsloseren Wanderzirkus der Weltpolitik entwickelt<sup>20</sup>. Ihre Erweiterung um die wichtigsten Schwellen- und Entwicklungsländer wird Entscheidungsprozesse nicht unbedingt erleichtern. Die G7, die bisher den Anspruch auf *global governance* nahezu konkurrenzlos verkörperte, hat es ein Vierteljahrhundert nicht vermocht, den internationalen Finanz- und Kapitalmarkt zu ordnen. Schon 1980, auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Venedig, riet Bundeskanzler Helmut Schmidt den Staats- und Regierungschefs dringend, etwas gegen das „explosive Wachstum der Xenomärkte“ zu unternehmen<sup>21</sup>. Der internationale Finanzmarkt müsse „genauso strengen bankenaufsichtsrechtlichen Regelungen unterworfen“ werden wie nationale Geschäfte. Vor allem aber wachse die Gefahr einer Kettenreaktion auf den Finanzmärkten, wenn dafür niemand Verantwortung trage. Die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise vor Augen, klagte der deutsche „Weltökonom“, es sei „wider alle Vernunft, was wir hier zulassen“. Er stieß bei seinem Freund Giscard d’Estaing auf Zustimmung, bei Briten und Amerikaner aber auf eisiges Schweigen<sup>22</sup>. Seitdem hat sich wenig geändert, obwohl das Thema in schöner Regelmäßigkeit auf der Tagesordnung von Weltwirtschaftskonferenzen stand. Die Erfahrung der dreißiger Jahre zeigt zugleich, wie wichtig es ist, den Anfängen des Protektionismus zu wehren und die Weltwirtschaft zusammenzuhalten. Hat die Flucht aus dem Weltmarkt erst einmal begonnen, ist sie kaum noch aufzuhalten. Weltpolitische Konflikte liegen dann oft nicht fern.

### Die Begradigung der Krummen Lanke

Das Ende der Globalisierung war 1931 nicht das letzte Krisenszenario, das die Weltwirtschaft hervorbrachte. Nahezu alle Marktwirtschaften tappten nach dem

<sup>19</sup> The Global Plan for Recovery and Reform, 2. April 2009, [www.g20.org/Documents/final-communique.pdf](http://www.g20.org/Documents/final-communique.pdf). Bisher unterscheiden sich die Absichtserklärungen von London nur durch den guten Willen vieler G20-Mitglieder von den Debatten der Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933, die ergebnislos vertagt wurde.

<sup>20</sup> Vgl. Johanna von Karczewski, „Weltwirtschaft ist unser Schicksal“. Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel, Bonn 2008; Dieter Rebenitsch, Gipfeldiplomatie und Weltökonomie. Weltwirtschaftliches Krisenmanagement während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts 1974–1982, in: Archiv für Sozialgeschichte XXVIII (1988), S. 307–332.

<sup>21</sup> Vermerk über die ökonomischen Fragen gewidmeten Sitzungen des Venetianischen Gipfels am 22./23. 6. 1980, in: AdSD, DM 031.

<sup>22</sup> In Venedig wurde eine Kommission aus global operierenden Bankenvertretern eingerichtet und damit der Bock zum Gärtner gemacht. Ein Beratungsergebnis wurde nicht bekannt.

Schock von Börsenkrach und Bankenkrise auch in eine Liquiditätsfalle, aus der sie viele Jahre nicht mehr herausfinden sollten. Investoren zogen es vor, Kasse zu halten, weil sie nicht mehr darauf vertrauen konnten, selbst bescheidenere Gewinnerwartungen zu realisieren. Konsumenten steckten aus Angst vor der Zukunft gerade auch bei sinkenden Nominaleinkommen ihr Geld in den Sparstrumpf, anstatt es auszugeben. Die Weltwirtschaftskrise schlug in eine große Depression um. Weil es nicht gelungen ist, die Katastrophe zu verhindern, heißt aus den Krisenstrategien vergangener Jahrzehnte zu lernen, vor allem ihre Fehler zu erkennen. 1930, am Rande des Abgrunds, scheiterten zwei Anläufe der Spitzen von Industrie und Gewerkschaften, sich angesichts von Massenarbeitslosigkeit und politischer Radikalisierung auf eine gemeinsame Politik zu einigen – geschweige denn auf die richtige<sup>23</sup>. An innovativen Rezepten mangelte es nicht. Auch wenn die „General Theory“, das Manifest der Keynesianischen Revolution, erst 1936 veröffentlicht wurde<sup>24</sup>, war keynesianisches Gedankengut doch schon weit verbreitet. Gerade in Deutschland gab es zahlreiche „Keynesianer vor Keynes“, die die Lösung des Problems zu wissen glaubten<sup>25</sup>. Bis 1933 legte eine bunte Schar von Experten Pläne vor, die alle dasselbe Ziel hatten: die Überwindung der Liquiditätsfalle, in die die deutsche Wirtschaft nach Bankenkrise und dem Ende der Globalisierung geraten war. Der Staat sollte an die Stelle der passiven Investoren treten. Alle Pläne sahen vor, über zusätzliche öffentliche Ausgaben den Wirtschaftskreislauf direkt anzukurbeln und damit eine hohe Multiplikatorwirkung auf Beschäftigung und Einkommen zu erzielen. Sie folgten damit der Keynesschen Einsicht, dass es in der Depression nicht mehr reichte, die Pferde zur Tränke zu führen, wenn sie partout nicht saufen wollten<sup>26</sup>. Steuererleichterungen und Zinssenkungen waren dann untaugliche Mittel. Der Staat musste sich auch ganz bewusst verschulden, wollte er nicht in den Kreislauf pumpen, was er ihm gleichzeitig an anderer Stelle entzog.

Am ehesten erfüllte ein Plan diese Kriterien, der Anfang 1932 in den Reihen der Freien Gewerkschaften diskutiert wurde und nach seinen Verfassern Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und Fritz Baade WTb-Plan genannt wurde<sup>27</sup>. Er sah kreditfinanzierte staatliche Arbeitsbeschaffung im Volumen von zwei Milliarden Reichsmark vor. Zu einer Zeit, da konventionelle Anreize nicht über wenige Hunderttausend Reichsmark hinausgingen, sprengte dies alle Maßstäbe. Die Autoren

<sup>23</sup> Vgl. Udo Wengst, Unternehmensverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930, in: VfZ 25 (1977), S. 99–119; Werner Abelshäuser, Korporatismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Ders. (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, Stuttgart 1987, S. 165 ff.

<sup>24</sup> Vgl. John M. Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936 (deutsche Ausgabe Berlin 1936).

<sup>25</sup> Siehe dazu die Quellenedition „Der Keynesianismus“, hrsg. von Gottfried Bombach u. a., Bd. I (Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik), Bd. II (Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland), Bd. III (Die geld- und beschäftigungstheoretische Diskussion in Deutschland in der Zeit von Keynes), Berlin/Heidelberg/New York, 1976–1981.

<sup>26</sup> Vgl. John M. Keynes, *The Means to Prosperity*, London 1933, S. 25.

<sup>27</sup> Abgedruckt in: *Der Keynesianismus*, Bd. II, S. 172–176.

des Planes rechtfertigten den doppelten Tabubruch mit der Natur der Krise: die „selbsttätigen“ Kräfte privater Investoren waren „gelähmt“ und die Banken, die üblicherweise die Finanzierung übernahmen, „in der Gegenwart und in absehbarer Zukunft“ nicht dazu in der Lage. Während der WTB-Plan im April 1932 nach heftigen Debatten im Gewerkschaftslager Zustimmung fand, verweigerten sich die Sozialdemokraten. Obwohl nicht an der Regierung beteiligt, stützten sie noch immer den Deflationskurs von Reichskanzler Heinrich Brüning und lehnten den gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplan als unmarxistisch und inflationär ab<sup>28</sup>.

Es ist für die konjunkturpolitische Debatte am Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise bezeichnend, dass die SPD den Plan gar nicht erst in den Reichstag einbrachte, während ihn der Repräsentant des linken Flügels der NSDAP, Gregor Straßer, dort nicht ohne Häme mit Lob überhäufte. Es gehört zur Tragik der untergehenden Weimarer Republik, dass ihre Anhänger der NSDAP in der Arbeitsbeschaffungspolitik kampfflos das Feld überließen. So konnte Straßer am 10. Mai 1932 sein eigenes Sofortprogramm konkurrenzlos und publikumswirksam im Reichstag präsentieren<sup>29</sup>. Es entsprach – wie der WTB-Plan – allen Regeln der quasi-keynesianischen neuen Lehre. Straßers Programm enthielt auch bereits viele Grundsätze und Methoden, die nach der Machtergreifung der NSDAP zum Zuge kommen sollten. Dazu gehörten „direkte Arbeitsbeschaffung“ in Milliardenhöhe und „produktive Kreditschöpfung“ durch die Reichsbank, während der Appell an die antikapitalistische Grundstimmung der Massen und die Forderung nach dem – auch gegen die Arbeitgeber durchzusetzenden – „Recht auf Arbeit“ aus wahltaktischen Gründen später zurücktraten.

Während sich die Ärzte nicht über die Therapie einig wurden, lag der Patient im Januar 1933 im Koma. Die deutsche Industrieproduktion war seit 1928 fast auf die Hälfte geschrumpft; die Investitionen deckten nur noch zu einem Drittel den Ersatzbedarf der Industrie, von neuen Arbeitsplätzen ganz zu schweigen; die Zahl der Arbeitslosen überschritt im zweiten Winter die Katastrophenmarke von sechs Millionen. Jeder Dritte war ohne Arbeit. Die Krise stabilisierte sich auf der Talsohle der Entwicklung; Impulse vom Welt- oder Binnenmarkt waren nicht zu erkennen<sup>30</sup>. Erst jetzt machten die wichtigsten Handelsnationen ernst. Sie such-

<sup>28</sup> Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin/Bonn 1987, S. 498.

<sup>29</sup> Abgedruckt in: *Der Keynesianismus*, Bd. II, S. 247–270.

<sup>30</sup> Die Gegenposition ist weit verbreitet (z. B. bei Christoph Buchheim, *Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder*, in: *VfZ* 49 (2001), S. 653–664), lässt sich aber angesichts der weltweit bis zum Zweiten Weltkrieg anhaltenden Depression nicht überzeugend begründen. Eigene Forschungen belegen sowohl auf regionaler Ebene als auch auf der wirtschaftlichen Mikro- und Makroebene die Stagnation auf niedrigstem Niveau („Zur Vorbeugung der Armuth ...“). Der Kreis Herford im Spiegel seiner Sparkasse 1846–1996, Stuttgart 1996, S. 164–170; Rüstungsschmiede der Nation? Der Kruppkonzern im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit 1933–1951, (= Lothar Gall (Hrsg.), *Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung*, Teil III), Berlin 2002, Kap. 1; *Germany: Guns, Butter and Economic Miracles*, in: *The Economics of World War II: Six Great Powers in International Comparison*, hrsg. v. Mark Harrison, Cambridge 1998, S. 123 ff.);

ten ihr Heil in gewaltigen öffentlichen Investitionsprojekten, die das Verhältnis von Staat und Wirtschaft auf eine neue Grundlage stellten. Zuvor hatten selbst in der Wolle gefärbte Liberale wie Walter Eucken oder Alexander Rüstow die „Versumpfung des Kapitalismus“ beklagt und kritisiert, der Staat sei zur Beute der Wirtschaft geworden<sup>31</sup>. Der Staat, der gerade bewiesen hatte, dass er es war, der im Ernstfall souverän über den wirtschaftlichen Ausnahmezustand gebot, gewann jetzt das Terrain zurück, das er zuvor an mächtige Wirtschaftsinteressen verloren hatte. Am radikalsten vollzog sich dieser Prozess in den USA und in Deutschland, die beide fast gleichzeitig neue, revolutionäre Mittel gegen die Krise einsetzten.

Was jetzt geschah, ließ bei Keynes' Meisterschülerin Joan Robinson den Eindruck entstehen, Adolf Hitler habe die Krumme Lanke begradigen, den Schwarzwald weiß streichen und den Polnischen Korridor mit Linoleum auslegen lassen<sup>32</sup>. Tatsächlich pumpete die Regierung, bevor Ende 1934 die Rüstungsausgaben die zivile Arbeitsbeschaffung in den Schatten stellten, rund vier Milliarden Reichsmark zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf – etwa das Dreifache des gesamten industriellen Investitionsvolumens<sup>33</sup>. Dahinter verbargen sich vor allem politisch induzierte Investitionen von Reichspost und Reichsbahn sowie Aufwendungen für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, wozu ganz am Rande auch der Autobahnbau gehörte. Die Förderung des privaten Wohnungsbaus und die Sanierung öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser standen ebenfalls auf dem Programm. Eine ganze Generation von Volkswirten – unter ihnen der spätere Superminister Karl Schiller<sup>34</sup> – verdiente sich mit diesem Programm ihre Sporen. Rüstungsausgaben, die ähnliche Wirkungen auf den Wirtschaftskreislauf entfalteten, wurden zunächst aufgeschoben, weil sich die Reichs-

---

zeitgenössische Kritiker des Nationalsozialismus respektierten noch 1947 die „überlegene Methode“, auch wenn sie wie Alfred Müller-Armack den „einheitlichen und robusten“ Lenkungsapparat, der dahinter stand, ablehnten (Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947, S. 137). Der „Vater der sozialen Marktwirtschaft“ hielt rein wirtschaftlich gesehen noch 1936/37 die Rückkehr zum Gleichgewicht für möglich, wenn die Arbeitsbeschaffung nicht in die Kriegsvorbereitung übergegangen wäre (ebenda).

<sup>31</sup> Walter Eucken, Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 36, 1932, S. 315; zur Rolle der – später so genannten – sozialen Marktwirtschaft im Dritten Reich siehe neuerdings Akihiko Amemiya, Neuer Liberalismus und Faschismus: Liberaler Interventionismus und die Ordnung des Wettbewerbs, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2008/II, S. 173–195.

<sup>32</sup> Die Nationalökonomin aus Cambridge hat dies 1974 als ihren zeitgenössischen Kommentar auf das deutsche Arbeitsbeschaffungsprogramm der dreißiger Jahre beschrieben: „Hitler was planning to give employment in straightening the Crooked Lake, painting the Black Forest white, and putting down linoleum in the Polish Corridor.“ Joan Robinson, What has become of the Keynesian Revolution?, in: Challenge, vol. 16 (1973/1974), H. 6, S. 7.

<sup>33</sup> Hinzu kam rund eine Milliarde, die am 30. 1. 1933 noch in der „Pipeline“ wartete, wegen zahlreicher Widerstände aber noch nicht ausgegeben werden konnte. Siehe dazu die Dokumentation bei Abelshauser, Germany, in: Harrison (Hrsg.), The Economics of World War II, S. 122–176.

<sup>34</sup> Vgl. Karl Schiller, Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland, Berlin 1936. Einen Hinweis auf das NS-Regime (oder gar eine Verbeugung vor ihm) sucht der Leser auf den 167 Seiten des Buches übrigens vergeblich.

wehr außerstande sah, ihre Planung zeitlich zu verkürzen. Die „Arbeitsschlacht der Reichsregierung“ (Juni 1933) und der „Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit“ (September 1933), wie die martialischen Losungen hießen, dienten daher noch nicht der Aufrüstung. Finanziert wurde die „Arbeitsschlacht“ mit Hilfe der Reichsbank.

Wichtiger noch als die schon vor 1933 eingeführten Praktiken der Wechselfinanzierung, die das Reichsbankgesetz umgehen sollten, war die Neubesetzung der Reichsbankleitung. Schon im März 1933 löste Hjalmar Schacht den konservativen Hans Luther als Präsident der Zentralbank ab. Schacht hing in der Öffentlichkeit der Ruf eines Finanzgenies an, und zudem war er eine Vertrauensperson Hitlers, der Großindustrie und der Banken. Vor allem aber besaß er die nötige wirtschaftspolitische Einsicht, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung (wie später auch zur Aufrüstung) jede Summe zur Verfügung zu stellen. Schacht setzte sich damit über die gesetzlichen Restriktionen der staatlichen Ausgabenpolitik hinweg, die im Wesentlichen lediglich eine Finanzierung über Steuereinnahmen oder Anleihen am Kapitalmarkt zuließen. Die Reichsbank hatte offenbar den Abbau der Schulden über steigende Steuereinnahmen innerhalb weniger Jahre vorgesehen. Dies erwies sich freilich angesichts von 34,3 Mrd RM weiterer Schulden, die Schacht für eine „achtungsheischende Außenpolitik“ zwischen 1934/35 und 1938/39 zusätzlich aus Mitteln der Notenbank zur Verfügung stellte, als Illusion<sup>35</sup>. Von den Möglichkeiten der Schuldentilgung, die grundsätzlich zur Verfügung standen – konjunkturell steigende Steuereinnahmen, Steuererhöhungen und langfristige Konsolidierung – wählte das Reich schließlich eine pervertierte Variante der letzteren: sie schöpfte die Einlagen der Banken, Versicherungen und anderer Kapitalsammelstellen geräuschlos ab und vermied damit die vom Reichsbank-Direktorium befürchtete offene Inflation. Grundsätzlich haben sich diese verfügbaren Optionen bis heute nicht geändert<sup>36</sup>. Es wird darauf ankommen, auf einem dieser Wege oder mit einem policy-mix die schwindende finanzielle Handlungsfreiheit des Staates wiederherzustellen<sup>37</sup>.

Keine der Antworten, die in den dreißiger Jahren auf die Herausforderungen der Weltwirtschaftskrise gefunden wurden, lädt heute zur Nachahmung ein – zumal die politischen Rahmenbedingungen den Vergleich selbst in seinem syn-

<sup>35</sup> Eingabe des Reichsbankdirektoriums an Hitler vom 7. 1. 1939, in: Nürnberger Dokumente, 369-EC. Siehe auch Christopher Kopper, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier, München/Wien 2006, S. 306–329. Zur Rüstungsfinanzierung der Reichsbank siehe Abelshäuser, Germany, in: Harrison (Hrsg.), The Economics of World War II, S. 36 u. Tab. 4.4.

<sup>36</sup> Eine in den 1980er Jahren im Rahmen der Reagonomics aufgekommene vierte Variante, durch Steuersenkungen die Investitionstätigkeit so anzureizen, dass höhere Steuereinnahmen fließen (Laffer-Kurve), hat ihre empirische Bewährungsprobe nicht bestanden.

<sup>37</sup> Die Problematik der Staatsschulden ist von der Geldmengenproblematik analytisch zu trennen. Letztere entsteht als Folge der Flutung der Geldmärkte durch die Zentralbanken, um deflationäre Entwicklungen zu bekämpfen. Sobald diese Strategie Erfolg hat, muss die Zentralbank die Geldmenge wieder zurückführen, was weniger technische als politische Probleme (z. B. timing) aufwirft.

thetischen Kern erschweren. Die Weltwirtschaft stürzte in eine tiefe Krise, ohne dass sich vor 1944 auch nur halbwegs wirksame Gegenmittel finden ließen. Am ehesten lehrt die Krisenpolitik in Deutschland (aber auch im New Deal der USA), wie sich die Liquiditätsfalle überwinden lässt. Es kommt darauf an, keine wertvolle Zeit mit Halbheiten zu verlieren und staatliche Investitionen mit hoher Multiplikatorwirkung rasch ausgabenbereit zu machen. Überraschenderweise haben die Planer der Konjunkturprogramme von 2008/09 wenig daraus gelernt. Staatliche Interventionen in den Wirtschaftskreislauf sind in Verruf geraten, weil sich ihre Unwirksamkeit im Kampf gegen marktwirtschaftliche Konjunkturschwankungen erwiesen hat. Ginge es nur um die Bändigung klassischer Konjunkturphänomene, wären staatliche Zusatzausgaben in der Tat weder nötig noch sinnvoll. Zyklische Entwicklung gehört zu den unentbehrlichen Merkmalen jeder Marktwirtschaft, weil anders die dezentralen Planungen der Unternehmen nicht an die Aufnahmefähigkeit der Märkte angepasst werden können. Konjunkturpolitik, die diesen Mechanismus außer Kraft setzen wollte, gliche daher dem sprichwörtlichen Kampf gegen Windmühlenflügel.

Gleichwohl sind alle Bundesregierungen durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 und entsprechende Verfassungsänderungen pauschal der Norm des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ (Art. 109 GG) verpflichtet. Hans Matthöfer, Finanzminister im zweiten und dritten Kabinett Schmidt, machte 1979 der Donquichotterie schließlich ein Ende und schob die Hinterlassenschaften einer falsch verstandenen „Keynesianischen Revolution“ stillschweigend in die Kulissen der westdeutschen Wirtschaftsordnung. Lediglich die Regelung des Artikel 115 GG, die „zur Abwehr einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts“ höhere Krediteinnahmen als Investitionsausgaben des Staates erlaubt, diente danach noch als willkommene – wenn auch zweckentfremdete – Ausnahmeregelung für eine höhere Staatsverschuldung. Nun könnte eine paradoxe Situation eintreten. Instrumente, die zur Bekämpfung einer keynesianischen Situation geschaffen, dann aber zum Schießen auf Spatzen verwandt wurden, genießen ausgerechnet dann nicht mehr das Vertrauen der Akteure, wenn die Lage ernst wird. Denn jetzt steht mehr auf dem Spiel: Um die Liquiditätsfalle zu sprengen, bedarf es ganz anderer Mittel. Wer das verstanden hat, muss „nur“ noch die Phantasie entwickeln, wie der New Deal von heute auszusehen hätte<sup>38</sup>. Diese zunächst mentale, dann aber auch realpolitische Umstellung von der Konjunkturpolitik zu einer dem Ernst der Lage angemessenen Anti-Krisenpolitik steht noch

<sup>38</sup> Relativ nahe am historischen Muster liegen Projekte wie die Desertec-Initiative des Club of Rome, deren Realisierung von 20 deutschen Konzernen zur Versorgung Europas mit Solarstrom geplant wird; vgl. „Afrikas Sonne in deutschen Steckdosen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 6. 2009, S. 11. Aber auch andere Ideen, die bisher nicht über das Projektstadium hinauskamen, bzw. nur als Prototypen umgesetzt wurden, wie Off-shore-Windkraftanlagen, Gezeitenkraftwerke, Wassergewinnungsanlagen oder der Bau einer europäischen Magnetbahn-Hochgeschwindigkeitstrasse über dem Autobahnnetz könnten jetzt Konjunktur haben.



bevor. Sie wird aber in den USA bereits öffentlich, in Deutschland hinter den Türen staatlicher Planungsstäbe vorbereitet<sup>39</sup>.

### Unsicherheit versus Risiko

Das dritte Szenario, der Zusammenbruch demokratischer Strukturen, das Helmut Schmidt 1974 noch als reale Möglichkeit einer Weltwirtschaftskrise ernst genommen hat, scheint gegenwärtig von der Realität der nachindustriellen Führungsnationen des Westens weit entfernt. Die USA haben – wie 1932/33 – mitten in der Krise die Funktionsfähigkeit ihrer demokratischen Regeln bewiesen, indem sie den Machtwechsel vollzogen, ohne die Gesellschaft zu spalten. Eingriffe in die Wirtschaft, um die Krise abzuwenden, und mögen sie noch so radikal sein<sup>40</sup>, sind demokratisch voll legitimiert. Dies gilt auch für Europa. Politische Instabilität ist kein krisenverstärkender Faktor wie in den frühen dreißiger Jahren, als schon der Schatten anti-demokratischer Handlungsalternativen über dem Kontinent lag. Eine Versicherung für die Zukunft ist dies nicht, wohl aber eine – vom historischen Vergleich getragene – berechtigte Hoffnung.

Die wirtschaftshistorische Forschung ist keine Garküche, die das Menü gegenwärtiger Krisenstrategien aus historisch bewährten Fertigrezepten liefern könnte. Sie bietet aber Anschauungsstoff für das Denken in Szenarien und damit für die realen Möglichkeiten, die die Zukunft bringen kann. Dies ist in einer Zeit, in der quantitative Standard-Prognosen versagen müssen, viel wert. Es ist daher sicher kein Zufall, dass der neue US-Präsident mit Christina Romer eine renommierte Wirtschaftshistorikerin an die Spitze seines wirtschaftspolitischen Beratungstabes geholt hat. Sie ist ebenso Expertin für die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre wie Ben Bernanke, der die US-Notenbank leitet. Dies zeigt, dass gegenwärtig weniger die Fähigkeit zur routinierten Berechnung von Risiken zählt. Der Umgang mit Unsicherheit erfordert qualitative Lösungsansätze.

Das Schreiben geheimer Denkschriften ist bei führenden Politikern wohl aus der Mode gekommen. Nachdenkenswert wäre aber, welche Rolle die EU (oder wenigstens „Euroland“) bei der Stabilisierung der Weltwirtschaft und bei der Überwindung der Liquiditätsfalle spielen sollte. Bei der Gründung der EWG sah das Auswärtige Amt im europäischen Binnenmarkt die Alternative zu den „wirt-

<sup>39</sup> Vgl. „Amerika erwägt weiteres Konjunkturprogramm“, in: Ebenda vom 4. 7. 2009; allerdings geht es der Vorsitzenden des Stabs der Wirtschaftsberater des US-Präsidenten, Christina Romer, dabei gerade nicht um ein weiteres *Konjunkturprogramm*.

<sup>40</sup> Die weit reichenden Neuordnungspläne des US-Präsidenten für den Finanzmarkt wären vor der Krise zweifellos als „Staatskapitalismus“ perhorrisiert worden. Sie unterwerfen den Markt der nahezu uneingeschränkten Kontroll- und Interventionsmacht der Federal Reserve; vgl. „Hitzige Debatte über Neuordnung der amerikanischen Finanzaufsicht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 6. 2009, S. 13. Auch in der Schweiz fordert die Schweizerische Nationalbank eine „ernsthafte Überprüfung“, ob die beiden Großbanken des Landes nicht zerschlagen werden sollten („Banken notfalls zerschlagen“, in: Ebenda).

schaftlichen Weltoberungsplänen“ der Globalisierungsfreunde<sup>41</sup>. Ein „derart ungestümer weit auslaufender Vorstoß in den freien Raum“ müsse einmal in einer Weltwirtschaftskrise enden. Bestand habe nur, „was politisch organisiert“ ist. Heute wollen sich die Europäer ebenso wenig wie damals freiwillig auf ihre Festung zurückziehen. Es wäre aber sträflich, die Ressource Europa ungenutzt zu lassen. In der Kleinen Weltwirtschaftskrise glaubte Helmut Schmidt an die Bereitschaft der Europäer „zum Sprung ins kalte Wasser“ einer einheitlichen Krisenpolitik nur unter dem „Angebot sehr hoher deutscher Opfer“. Er hielt den Fehlschlag „einer solchen waghalsigen zweiten Stufe“ zudem für wahrscheinlicher als ihren Erfolg<sup>42</sup>. Der Kanzler verwarf daher die weitergehende europäische Option einer „supranationale[n] Koordination ihrer ökonomischen Politiken“. Das hat ihn aber nicht davon abgehalten, zur Stabilisierung der Weltwirtschaft zusammen mit Frankreich das gerade auch für Westdeutschland hochriskante Europäische Währungssystem zu schaffen. Heute könnte eine gemeinsame Abwehrstrategie Europas den Ausschlag geben in dem Bemühen, protektionistische Tendenzen im Keim zu ersticken. Wer befürchten müsste, den europäischen Absatzmarkt zu verlieren, dem blieben protektionistische Parolen im Halse stecken. Ein integrierter europäischer Krisenplan, der für den Ernstfall bereitstünde, wäre zwar (wie in den USA) ein gigantisches Unterfangen, erscheint im Lichte historischer Erfahrung aber unverzichtbar.

Niemand kann heute seriös abschätzen, ob sich alle Szenarien der Weltwirtschaftskrise, wie sie sich 1931 aufgebaut haben, wiederholen. Sollten sie sich aber abzeichnen, müsste gehandelt werden, und zwar rasch und mit Macht. Ein Finanzminister, der für den Katastrophenfall – denn darum handelte es sich dann – keinen Eventualhaushalt in der Schublade hätte, würde seine Pflicht versäumen. Schließlich ist das Szenario seit den dreißiger Jahren bekannt und deuten viele Anzeichen auf seine Bestätigung hin. Der Griff in die nicht nur in Wahljahren wohlgefüllten Geschenktuben der Ressorts reicht da nicht aus, zumal es sich dabei zumeist um Anreize handelt, die im Zweifel nicht sicherstellen, dass die Pferde auch saufen. Wie schon in den dreißiger Jahren sind innovative Konzepte gefragt, die direkt und mit hohem Multiplikatoreffekt auf den Wirtschaftskreislauf wirken. 1933 waren es im New Deal gigantische Staudammprojekte, wie die der Tennessee Valley Authority, und die flächendeckenden Infrastruktur-, Sanierungs- und Siedlungsprogramme in Deutschland, die die Wirtschaft der am härtesten von der Krise betroffenen Länder aus der Talsohle herausholten. Heute wären solche Pläne in Deutschland schon deshalb schwerer umzusetzen, weil die Zentralregierung nicht in die Gemeinden durchgreifen kann, wo zwei Drittel der öffentlichen Investitionen anfallen, und der für Investitionen aufnahmefähige Bildungssektor in der Verfassungskompetenz der Bundesländer liegt. Da es vieler Monate der Planung bedarf, bis entsprechende Programme ausgabebereit wären,

<sup>41</sup> Aufzeichnung für die Kabinettsitzung zum Gemeinsamen Markt, 4. 10. 1956, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, B2, Bd. 155.

<sup>42</sup> Schmidt, Exposee, in: AdSD, Depositum Matthöfer (DM) 014.

hätte die Arbeit an Eventualhaushalten schon längst beginnen müssen, um sie im Ernstfall ohne Verzug einsetzen zu können.

Krisen sind aber auch gute Nährböden für innovative Konzepte – auch dies gehört zu den Lehren der Geschichte. In Deutschland war es das später soziale Marktwirtschaft genannte wirtschaftspolitische Konzept, das als Antwort auf die Herausforderung des Jahres 1931 formuliert wurde und zusammen mit der quasi-keynesianischen Anti-Krisenstrategie dazu beitrug, die „unnormale, ja ‚kranke‘ Wirtschaft“ (Knut Borchardt) der späten Weimarer Republik zu sanieren<sup>43</sup>. Reformliberale riefen nach dem starken Staat, der über den Interessenten steht und die Regeln festlegt, nach denen sich die Akteure auf den Märkten zu richten haben. Der Staat sollte auch verpflichtet sein, in den Markt zu intervenieren, wenn dieser versagte. Es galt, auf diese Weise das Ergebnis herbeizuführen, das ein funktionierender Markt erwarten ließ. Ziel war eine produktive Ordnungspolitik, deren Regelwerk sich an den Erfordernissen der eigenen Produktionsweise und Wirtschaftskultur orientierte und nicht an einer einheitlichen Richtschnur des Standardkapitalismus, der in der Weltwirtschaftskrise gerade versagt hatte – alles Forderungen, die auch heute wieder aktuell sind. Die Lösungsformeln müssten nicht einmal neu erfunden werden. Es würde genügen, das Konzept der sozialen Marktwirtschaft ernst zu nehmen. Das setzt freilich ihre Wiederbelebung voraus, ist sie doch in der Zwischenzeit bis zur Unkenntlichkeit und Beliebigkeit mutiert<sup>44</sup>.

<sup>43</sup> Amemiya, Liberalismus, S. 182.

<sup>44</sup> Vgl. Werner Abelshauer, Des Kaisers neue Kleider? Wandlungen der Sozialen Marktwirtschaft, München 2009.